Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo“: München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn, München.



Nummer 8 **München / 3. Jahrgang** **25. Februar 1916**

1916 Wochenkalender (5676) תרעו

	Febr.	I Adar אדר ר	ויקהל Gottesd.:
Samstag	26	22	Morgens Hauptsyn. 8.30 Herzog Rud.-Str. 7.45 Sabbath-Ausgang 6.33
Sonntag	27	23	
Montag	28	24	
Dienstag	29	25	
	März		
Mittwoch	1	26	
Donnerstag	2	27	
Freitag	3	28	Sabbath-Eingang: Haupt-Synagoge 5.45 Herzog Rud.-Str. 5.30

Gegen Armennot und Bettelei!

An einem der letzten Januartage hat in der ganzen nordamerikanischen Union ein großer Judentag stattgefunden, an dem zugunsten der vom Kriege betroffenen, notleidenden Juden Sammlungen veranstaltet wurden. Die Idee dieses Judentages war wohl ursprünglich in jüdischen Köpfen entstanden, war aber dann dem Senat zur Ausführung übergeben worden, und tatsächlich wurde schließlich die Veranstaltung in solchem Maße als eine Angelegenheit der amerikanischen Bürger behandelt, daß man in jüdischen Kreisen eine Weile erwog, ob sich nicht Juden von der ganzen Sache überhaupt fernhalten und sie ganz und gar den Amerikanern überlassen sollten. Nur das Bedenken, daß bei dieser Sammlung der amerikanische Jude eben als Amerikaner und nicht als Jude auftreten müsse, bewog schließlich zahlreiche Glaubensgenossen, sich an den Spenden und Sammlungen zu beteiligen.

Der materielle Erfolg dieses „Judentages“ beläuft sich auf 2 Millionen Dollar — eine verhältnismäßig stattliche Summe — und so wird dem verhungernden jüdischen Bettler in Polen, Galizien und Rußland demnächst ein Almosen zugeworfen werden, das ihn vor dem unmittelbaren Hungertode schützt und ihn vor Dankbarkeit gegen das großmütige, edle, hilfsbereite Amerika auf die Knie zwingt.

Wir wollen das amerikanische Almosen nicht geringschätzig behandeln — wer ein Bettler ist, der muß eben mit solchen Spenden vorlieb nehmen und sich dafür bedanken. Aber wir wollen nicht so sehr zur Haltung des Bettlers herabsinken, daß wir die amerikanische Hand, die dem zurzeit elendesten Teile des jüdischen Volkes einen Gnadenpfennig hinwirft, voller Demut küssen, obwohl wir wissen, daß diese Hand — wenn ihr Besitzer nur gewollt hätte — die Ursachen des jüdischen Bettelloses hätte ausrotten können.

In gewissen Kreisen hat man schon den Edelmut der amerikanischen Regierung gepriesen, als man hörte, daß sie sich kürzlich zugunsten einiger unmenschlich mißhandelter jüdischer Personen, z. B. eines als Geisel verschleppten galizischen Rabbiners, bei der russischen Regierung verwendet hat. Der Judentag, der trotz und inmitten des beginnenden Wahlrummels stattfand, wird diesen Kreisen als ein neuer Beweis gelten, daß Amerika — was man auch auf anderem Gebiet gegen seine Haltung vorbringen möge — sich jedenfalls den Juden gegenüber sehr menschlich benommen hat.

Diese allzu Bescheidenen, für eine milde Gabe demütig Dankenden, mögen das, was Amerika den Juden gegeben hat, an dem messen, was es ihnen hätte geben können:

Amerika war es gegeben, bei Kriegsausbruch diesen unseligen jüdischen Bettler, der sich jetzt von den Brosamen des amerikanischen Tisches sättigen muß, zu einem freien Menschen zu machen, denn hätte Amerika die Lieferung von Waffen an Rußland von der Bedingung abhängig gemacht, daß die russische Regierung den Juden die vollen Bürgerrechte gewähre, so wäre Rußland einfach gezwungen gewesen, diese Bedingung zu erfüllen. Amerika hat einmal — in der Frage des Handelsvertrages mit Rußland — den schwachen Versuch gemacht, für jüdische Rechte, die Rechte jüdischer Amerikaner einzutreten. Nun aber, da sich die Möglichkeit bot, an Rußland in ungeheurem Maße zu verdienen, hat man seinem Rückgrat einen Knick gegeben und hat bei der Wahl zwischen einem bequemen und ungetrübten Geschäftsverkehr auf der einen Seite und dem Eintreten für die Befreiung eines unterdrückten, geknechteten Volkes auf der andren Seite den Weg gewählt, auf dem weniger Ehre und mehr Gewinn einzuheimsen war.

Neben dieser Unterlassung einer gewaltigen Wohltat steht aber eine wirklich schwere Sünde, die Amerika gegen die östlichen Juden zu begehen-

soeben im Begriff ist. Unsre schwere Anklage gegen Amerika lautet: Während heute im Osten Hunderttausende sich auf die Auswanderung nach Amerika vorbereiten, während sie dem amerikanischen Kontinent mit unendlicher Sehnsucht entgegensehen als einer Stätte der Freiheit, der Menschlichkeit, des menschenwürdigen Daseins, sind amerikanische Politiker am Werk, Tausenden jüdischer Existenzen die Pforten ihres Landes zu verrammeln. Man erinnert sich der sogenannten Burnett-Dilligham-Gesetzesvorlage zur Beschränkung der Einwanderung, die in der vorigen Kongreßperiode zur Beratung stand und nur durch das Veto des Präsidenten Wilson der Annahme entging. Die wichtigsten Punkte dieser Gesetzesvorlage waren bekanntlich: Deportation von Analphabeten und von solchen Personen, die „unter Bruch der Gesetze des Staates, dessen Angehörige sie sind", nach Amerika kommen. Man erinnert sich der lebhaften Diskussionen über die Gesetzesvorlage, bei denen gezeigt wurde, daß weit mehr jüdische Einwanderer als man gemeiniglich glaubt, des Lesens und Schreibens unkundig sind, besonders aber, daß die zahlreichen jüdischen Einwanderer, die infolge des schikanösen Verhaltens russischer Behörden ohne Paß nach den Vereinigten Staaten kommen müssen, sämtlich zur Klasse derer gehören würden, die „unter Bruch der Staatsgesetze" Rußland verlassen.

In einem Augenblick nun, da Amerika sich wirklich als ein Hort und Hafen für die unseligen Opfer des Krieges erweisen könnte, da es sich anschicken könnte, Tausenden auf den unermeßlichen Gebieten seiner Staaten eine Zuflucht und Arbeitsstätte zu gewähren, ist von vier verschiedenen Seiten aufs neue diese Gesetzesvorlage eingereicht worden. Nachdem Amerika sich nicht entschlossen hat, den entscheidenden Schritt zur Befreiung der russischen Juden zu tun, bemüht es sich nun sogar, ihnen die Flucht aus der Hölle ihrer russischen Existenz zu erschweren. Noch ist das letzte Wort in dieser Gesetzesangelenheit nicht gesprochen, noch steht zu hoffen, daß die leitenden Männer der Union sich dieser harten, allen amerikanischen Traditionen widersprechenden Maßregel widersetzen werden; aber selbst wenn das geschehen sollte, so liegt kein Anlaß vor, Amerika als selbstlose Befreierin und Wohltäterin des jüdischen Volkes zu preisen, da ja die Masse der Einwanderer eine Welle von Kraft, Tüchtigkeit und staatserhaltenden Kräften mit ins Land bringt.

Einmal noch wird vermutlich Amerika Gelegenheit erhalten, den jüdischen Bettler, dem es heute mit der einen Hand Almosen zuwirft, während es ihn mit der andern Hand von der Türe seines Hauses wegdrängt, zu einem freien Manne zu machen, und dieses Eintreten für seine Befreiung wird die Vereinigten Staaten nicht einmal ein materielles Opfer kosten: Die Vorbereitungen für einen Kongreß auf demokratischer Grundlage, der die Forderungen nationaler Rechte der Juden formulieren soll, um sie bei der kommenden Friedenskonferenz geltend zu machen, sind in allen Staaten der nordamerikanischen Union im Gange. Auf diesem Kongreß wird man an die amerikanische Regierung mit der Bitte herantreten, sich zur Sachwalterin der jüdischen Rechte, der jüdischen Befreiung zu machen. Es wird sich zeigen, ob Amerika diesem Ansuchen entsprechen, ob es der oft wiederholten Behauptung, Amerikas Mission sei die Erlösung und Befreiung der Unterdrückten, einen tatsächlichen Inhalt geben oder ob es diesen Satz zur hohlen Phrase stempeln wird.

Möge Amerika erkennen, daß man einem verklavten Volke in einer höheren und edleren Form Wohltaten erweisen kann als indem man mit dem Teller in der Hand für den armen Sklaven sammeln geht. H. H. C.

Erschließung der Türkei durch polnische Juden.

Im Anschluß an Prof. Alfred Philippsons Aufsatz im „Berliner Tageblatt" haben wir uns in unseren vorigen Nummern mit dem Verhältnis des Zionismus zum polnisch-jüdischen Problem und mit der Eignung der Türkei als Ansiedlungsgebiet für Einwanderermassen befaßt. Der bekannte Orientforscher Davis Trietsch bringt in folgendem bemerkenswerten Aufsatz den Nachweis, daß gerade die Juden das geeignete Siedlerelement für die Türkei und daß gerade die Türkei das geeignete Siedlungsgebiet für die Juden ist. Sein Aufsatz widerlegt viele der inzwischen von Prof. Philippson gegen Prof. Warburgs Meinungen hervorgebrachten und gleichfalls in dem „B. T." erschienenen Einwände.

Unter der zweifelnden Überschrift „Auswanderung der russisch-polnischen Juden nach der Türkei?" hat im „Berliner Tageblatt" vom 29. Januar Prof. Dr. Alfred Philippson eine Reihe schwerwiegender Bedenken geltend gemacht, die kaum verfehlen konnten, auf die an diesen Fragen interessierten Kreisen Eindruck zu machen. Der Verfasser ist auf geographischem und geologischem Gebiete zweifellos einer der besten Kenner der Mittelmeerländer und besonders des vorderen Orients, und was er von den Anbaumöglichkeiten und den klimatischen Verhältnissen der in Verbindung mit der jüdischen Kolonisation in Betracht gezogenen Länder zu sagen hat, wird von allgemeinen Gesichtspunkten aus kaum bestritten werden können.

Philippson's Ablehnung Mesopotamiens als eines Feldes ostjüdischer Massenansiedelung kann jeder unterschreiben, der von den Verhältnissen jenes in sonstigen Beziehungen so zukunftsreichen Landes auch nur den entferntesten Begriff hat.

Auch sein grundlegendes Bedenken gegenüber einer raschen Millionen-Ansiedlung in Palästina — nämlich das der verhältnismäßigen Kleinheit dieses Landes — ist im höchsten Maße beachtenswert, und ich darf sagen, daß es nicht nur den jüdischen Kolonisationsbestrebungen zum Besten gereicht hätte, sondern auch mir persönlich unendliche Mühe erspart haben würde, wenn dieser große Geograph mit seinen kritischen Einwendungen schon zu Beginn der zionistischen Bewegung an die Öffentlichkeit getreten wäre. Eine frühere allgemeine Erörterung dieser Dinge hätte uns vielleicht sehr viel Zeit gewinnen lassen.

Trotzdem man ihm aber bei jenen, seinen beiden Haupteinwendungen beipflichten muß, hat er doch in der Sache selbst aufs Merkwürdigste daneben gegriffen. Dies hängt damit zusammen, daß die Geographie — und zwar auch diejenige der modernsten Art,

die den wirtschaftlichen Zuständen und Möglichkeiten gerecht zu werden versucht — denn doch nicht für die Beurteilung kolonisatorischer Fragen ausreicht, und schon gar nicht für Ansiedelungsprobleme so besonderer Art wie die jüdischen!

Vor allem hat der Verfasser in seinen Ausführungen gerade diejenigen Gebiete am wenigsten in Betracht gezogen, die nach geograpphischer Lage und auch sonst nach wichtigen kolonisatorischen Gesichtspunkten für eine jüdische Ansiedelung in Betracht zu ziehen wären, und das sind außer Palästina die syrischen und kleinasiatischen Randgebiete — von letzteren hauptsächlich die westlichen und südlichen. Hier haben wir ausgedehnte Ländereien von größter Fruchtbarkeit und verhältnismäßig sehr geringer Bevölkerungsdichte, die einer in die Millionen gehenden Ansiedelung auf der Grundlage intensiver Landwirtschaft und subtropischer Spezialkulturen Raum böte.

Wenn Philippson zur Unterstützung seiner Ausführungen die schwachen Bevölkerungen Griechenlands, Montenegros und der Herzegowina heranzieht, so wird er mir gestatten, erstens zu bezweifeln, daß in den genannten Gebieten auch nur annähernd das Höchstmaß dessen erreicht sei, was eine nach den besten landwirtschaftlichen Vorbildern kombinierte Arbeitsweise dem Boden abgewinnen kann. Zweitens aber möchte ich ihm die Beispiele von Libanon, Samos, Sizilien und Malta entgegenhalten, wo bei ähnlichen und zum Teil noch wesentlich ungünstigeren natürlichen Verhältnissen Bevölkerungen von 100 bis 700 Einwohnern auf den Quadratkilometer kommen.

Die kleine jüdische landwirtschaftliche Kolonisation, die heute in Palästina allein immerhin schon etwa 45 Siedelungen mit ungefähr 12 000 Einwohnern umfaßt, holt bereits (trotz aller Schwierigkeiten, dieser noch sehr jungen Entwickelung) aus den ihnen von der eingeborenen Bevölkerung verkauften wertlosesten Ländereien Erträge heraus, die den Kaufpreis jener Böden innerhalb 15 bis längstens 33 Jahren vielfach auf das Zehn- bis Hundertfache ihres früheren Wertes steigen ließen.

In der ganzen Küstenebene Palästinas, aber auch an zahlreichen Stellen des gebirgigeren Innern, ist eine vorwiegend landwirtschaftliche, Bevölkerungsdichte von 500 und oft noch viel mehr auf den Quadratkilometer durchaus möglich, und da ähnliche Bedingungen zum mindesten in zahlreichen anderen Küstengebieten Syriens und Kleinasiens zu finden sind, so wird schon dies allein die Hinfälligkeit von Prof. Philippsons Gesamturteil erweisen.

Erwähnt sei hier, daß es sich meiner Ansicht nach bei jüdischer Kolonisation im Orient ja keinesfalls um eine Nachahmung der primitiven Wirtschaftsweise des Fellachen oder des russischen Muschik handeln kann. Der an Landwirtschaft nicht gewöhnte, aber auch nicht in den Vorurteilen und der Rückständigkeit primitiver Bodenkultur befangene Jude wird im Orient die besten Methoden der kalifornischen und sonstigen hochentwickelten Spezialkulturen einzuführen haben, wozu er jetzt schon auf gutem Wege ist. Jüdische Landwirtschaft im Orient wird — um in kürzester Zeit die größte kolonisatorische Wirkung zu erzielen — eine in höchstem Maße industrialisierte Landwirtschaft sein müssen, wozu die Juden ohnehin viel größere Eignung mitbringen als zu irgend welchen roheren Formen.

Aber schon in der Beschränkung jüdischer Kolonisationstätigkeit auf das Landwirtschaftliche liegt ein schwerer Fehler. Viel vernünftiger wäre es, wenn schon einseitig vorgegangen werden soll, die jüdische Ansiedelung auf die Industrie einzustellen, für die die osteuropäischen Juden überall, wo sie Gelegenheit dazu hatten, sich als glänzend befähigt erwiesen haben. Zur Beurteilung dieser Dinge genügt allerdings die geographische Betrachtungsweise noch viel weniger als im Falle der Beschränkung auf die Landwirtschaft.

Bei einer Ansiedelungsbestrebung großen Maßstabes sollte es ja zweifellos die erste und grundlegende Frage sein, wozu das Einwanderungselement befähigt ist, und was das Einwanderungsland zur Ergänzung seiner Wirtschaft nötig hat. Nur wo die Befähigung der Einwanderer und die Bedürfnisse des Landes übereinstimmen, ist ein voller Erfolg möglich, und darin, daß diese Übereinstimmung gerade in dem vorliegenden Fall in so hohem Maße gegeben ist, sehe ich die hauptsächlichste Gewähr für die günstige Entwicklung der jüdischen Orientbestrebungen.

Die Türkei als fast rein agrarisches Land muß von ihren Einwanderern (besonders wenn es sich um ein neues Element und um eine sehr starke Einwanderung handeln soll) zur Ergänzung ihrer Wirtschaft gerade die industrielle Betätigung verlangen, zu der die Ostjuden sich so hervorragend eignen. Was andererseits die vorwiegende landwirtschaftliche Tendenz der jüdischen Palästinabestrebungen betrifft, so glaube ich in der Verbindung von Industrie mit spezialisierter und intensiver Landwirtschaft — also in der Kolonisationsform der „industriedörflichen Gartenstadt" (die mit der Pseudogartenstadt vorstädtisch-bürgerlichen Charakters nichts zu tun hat) eine sowohl für die Juden wie für den Orient ideale Lösung erkannt zu haben.[1])

Von Wichtigkeit scheint mir aber auch der Hinweis darauf, wie sehr sich unsere jüdische Kolonisation von den sonst üblichen Kolonisationen unterscheidet. Die jüdische Auswanderung aus Osteuropa entspricht in so hohem Maße einem absoluten „Muß", und die auf Ansiedelung im Orient hinzielenden Bestrebungen haben neben der äußeren Notwendigkeit einen so starken ideellen Gehalt, daß, was im allgemeinen vielleicht von vornherein als unmöglich abzulehnen wäre, in unserem Falle durchaus durchführbar wird.

Dafür, daß gelegentlich die Umstände sich als viel stärker erweisen, als alle volkswirtschaftliche Theorie und selbst als die sicherste kaufmännische Berechnung, seien hier einige Beispiele gegeben, die neben allgemeinstem Interesse gerade auch für jüdische Kolonisation im Orient wichtigste Fingerzeige bieten.

Wer sollte es für möglich halten, eine Industrie in einem Lande einzuführen, das keinen einzigen der benötigten Rohstoffe besitzt oder hervorbringt. Trotzdem gibt es solche Fälle. Die ägyptische Zigarettenindustrie besteht und blüht und ist die hervorragendste Industrie des Lan-

---

[1]) Ausführliches hierüber in meinem z. Zt. im Druck befindlichen größeren Buche: „Jüdische Emigration und Kolonisation", dessen auf die Gartenstadt bezügliche Materialien auch in einer Sonderausgabe unter dem Titel „Gartenstadt und Industriedorf, eine neue Form jüdischer Kolonisation" veröffentlicht werden soll.

des, obwohl in Ägypten der Tabakbau aus fiskalischen Gründen verboten, obwohl das Zigarettenpapier, die Kartons, die Blechschachteln und die Holzkisten vom Ausland bezogen werden müssen, und obwohl nicht einmal billige einheimische, sondern nur teure ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. — Eine jüdische Zigarettenindustrie in Palästina oder anderen Teilen der Türkei könnte wenigstens mit ausländischem Tabak und, so lange Einwanderungsnot besteht, mit normal-billigen Arbeitskräften rechnen.

Die Schweiz beschäftigt viele Hunderttausende in der Textil-, der Uhren- Schokoladen- und Maschinenindustrie, obwohl sämtliche Textilrohstoffe vom Ausland und gerade vom Orient kommen, obwohl für die Schokoladenindustrie nicht nur der Kakao, sondern auch der Zucker eingeführt werden muß und obwohl auch hinsichtlich der Rohmaterialien für die Maschinen- und Uhrenindustrie die Schweiz sicherlich nicht günstiger gestellt ist, als irgend welche Küstengebiete der Türkei.

Alle diese Schweizer Industrien kämen für die jüdische Ansiedelung im Orient im hohen Maße in Betracht. Diese Länder haben schon heute einen großen Reichtum an Textil-Rohstoffen aller Arten und allein schon die Spinnerei und Weberei für den türkischen Markt und den der benachbarten islamischen Länder kann Hunderttausende jüdischer Arbeitskräfte beschäftigen und für eine Millionenbevölkerung eine Hauptbasis der Existenz abgeben. Daneben kommen in hohem Maße auch die Trikotagen- und Spitzenindustrie in Betracht. Auch die Uhren- und die Maschinenindustrie können bei der bekannten Eignung der Juden zu feinmechanischen Erwerbszweigen eine wichtige Grundlage jüdischer Ansiedelung abgeben.

Aber auch in landwirtschaftlicher Hinsicht sind nicht immer die natürlichen Bedingungen für Erfolg oder Mißerfolg entscheidend. Es würde gewiß wahnsinnig erscheinen, auf einem nackten Felseneiland oder auf blankem Seesand Landwirtschaft treiben zu wollen. Aber doch ist dieser Wahnsinn zur Wahrheit geworden auf der Insel Malta, die die Phönizier vor mehr als dreitausend Jahren als eine humuslose Steinplatte vorfanden. Dennoch veranlaßte die vorzügliche Lage der Insel dieses alte Seefahrervolk, Erde von Sizilien herüberzubringen (eine Praxis, die heute noch geübt wird) und damit den Grund zu der außerordentlichen Fruchtbarkeit der Insel zu legen, die heute zu den am dichtesten bevölkerten Gebieten der Welt gehört.

Im Biled-ül-Dscherid im Süden der Regentschaft Tunis stehen heute die herrlichsten Dattelwälder. Vor nicht allzu langer Zeit war hier starrende Wüste, aber eine hierher geflüchtete Bevölkerung hat in zäher Arbeit tausende von Brunnen gegraben und mit Hilfe künstlicher Bewässerung ein Paradies geschaffen.

Auf dem blanken Sande der Kanalinseln Jersey und Guernsey werden — unter Glas und mit entsprechenden Arbeitsmethoden — Jahreserträge bis zu zehn Mark für den Geviertmeter erzielt, und die Maraichers von Paris, die erfolgreichsten Gemüsezüchter der Welt (deren Produkte übrigens zu einem sehr großen Teil nicht auf den Pariser, sondern auf den lohnenderen Londoner Markt kommen), lehnen es ab, ihr edles Saatgut und ihre teuere Arbeit einem so unzuverlässigen Element wie „gewöhnlichem Erdreich" anzuvertrauen und mischen sich ihren Boden selbst, den sie dann aber auch im Falle des Umzuges von einer Pachtstelle zur anderen mit sich führen.

So wenig ist erfolgreiche Wirtschaft von natürlichen Bedingungen abhängig. In keinem der angeführten industriellen und landwirtschaftlichen Beispiele aber haben Not und Muß auch nur annähernd so stark mitgesprochen, wie bei der gerade jetzt bevorstehenden ostjüdischen Auswanderung und Umsiedelung, und wenn bei der Überwindung natürlicher Schwierigkeiten Anpassungsvermögen, Intelligenz und Zähigkeit eine Rolle spielen, wer würde da gerade den Juden von vornherein den Erfolg absprechen wollen?

— — — — — — — — — —

Die Frage der jüdischen Auswanderung und Kolonisation ist keineswegs eine innere jüdische Angelegenheit. Sie ist von sehr erheblicher Bedeutung für die deutschen Kulturbestrebungen im Ausland, für deutsche Weltwirtschaft und Weltpolitik. Die Deutschsprachigkeit der Ostjuden und ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland haben — neben den beträchtlichen Wirkungen, die sie in der ganzen Welt im Gefolge haben — auch schon bei dem geringen Umfang der bisherigen jüdischen Kolonisation in Palästina zu einer höchst auffälligen, aber in den deutschen Konsularberichten von Jahr zu Jahr stärker betonten Steigerung der deutschen Handelsinteressen geführt.

Eine nach dem Kriege einsetzende große ostjüdische Auswanderung nach Palästina und anderen Gebieten der Türkei würde die deutschen Kultur- und Wirtschaftsbeziehungen zu den türkischen Ländern ganz unverhältnismäßig stärker fördern, als es von der größten denkbaren Übersiedelung deutscher Elemente, die sich auf alle Fälle nur innerhalb sehr bescheidener Grenzen halten kann, zu erwarten ist. Es läge also schon von diesem Gesichtspunkt aus ein überragendes deutsches Interesse an der jüdischen Einwanderung nach dem Orient vor. Daneben ist es ebenfalls für Deutschland nicht ohne Belang, wenn durch eine möglichst starke Abwanderung von Ostjuden aus den dem russischen Reiche voraussichtlich verloren gehenden Gebieten die dort vorwaltenden inneren Spannungen gemildert werden.

Für die Türkei wiederum ist die jüdische Einwanderung aus Osteuropa die einzige, die ihr unter den gegenwärtigen und absehbaren politischen Verhältnissen wenigstens zu dem Beginn der — ihrer Wirtschaft so notwendigen — Industrialisierung führen kann.

Abgesehen von der Übersiedelung deutscher oder sonstiger mitteleuropäischer Kaufleute, Unternehmer, Ingenieure und sonstiger Fachmänner, die im besten Fall — schon angesichts der großen Aufgaben, vor denen die mitteleuropäischen Länder nach dem Kriege bei sich zu Hause stehen werden — nur in die Tausende gehen kann, steht der Türkei keinerlei christliche Einwanderung in Aussicht, und die einzige Stärkung, die ihrer Volkszahl von außen her erwachsen kann, ist die durch muselmanische Rückwanderer aus den früher türkisch gewesenen Gebieten.

Von diesen kann die Türkei manche Kräftigung ihrer Landwirtschaft erwarten, und nach allgemeinem Urteil der Kundigen sind diese Rückwanderer (Muhadschire) meist ein ganz vorzügliches Element. Aber der Zahl nach ist es nicht allzu bedeutend, und eine grundlegende Besserung der türkischen Wirtschaftsverhältnisse ist von ihnen keineswegs in dem Maße zu erwarten, wie es bei

einer starken ostjüdischen Einwanderung vorwiegend industriellen Charakters in Aussicht steht.

Die Türkei, die ja auch ihrerseits an der Festigung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Deutschland ein starkes Interesse hat, gewinnt mit der jüdischen Einwanderung ein hervorragend arbeitsames europäisches Element von erprobter politischer Zuverlässigkeit. Was Prof. Philippson so nebenbei andeutet: nämlich, daß die Türken vermutlich kein Interesse an einer starken nicht-türkischen Einwanderung haben dürften, ist gänzlich schief gesehen. Es hängt zusammen mit des Verfassers merkwürdig primitiven Ideen über die zionistischen Bestrebungen. Der „selbständige jüdische Staat" in Palästina, mit dem Philippson, wie es fast scheint, die Türken bedenklich machen will, ist so ziemlich die Auffassung der Gasse — und zwar einer feindseligen Gasse, zu deren Sprachrohr dieser jüdische Vertreter deutscher Wissenschaft sich wirklich nicht zu machen brauchte. Daran hätte ihn schon das deutsche Interesse verhindern sollen.

Im übrigen: wie denkt sich Prof. Philippson die Lösung der Ostjudenfrage?

Davis Trietsch. Berlin.

Das polnisch-jüdische Rätsel.

Die Süddeutschen Monatshefte haben sich in der Kriegszeit die Aufgabe gestellt, zum Verständnis der Psyche der einzelnen Nationen und ihrer Lebensbedingungen beizutragen. Sie brachten in den letzten Monaten Hefte heraus, die sich mit den Deutschland feindlichen und den neutralen Völkern befaßten. Das neueste Heft heißt „Ostjuden" und ist dem Zweige des jüdischen Volkes gewidmet, der als vermittelndes Glied zwischen Deutschtum und Slawentum im Osten Europas lebt. Es will dem gebildeten Deutschen ein Bild von der Geschichte, der Kultur und dem menschlichen Wert jener Volksgruppe geben, die jetzt seit der Besetzung der Gebiete des Ansiedlungsrayons für Deutschland eine so hohe Bedeutung erlangt hat. Über die Religion, die Sprache, die Kunst und Literatur der Ostjuden erfährt der Leser vielerlei, was den Meisten bisher nicht bekannt oder doch nicht bewußt war. Die jüdische Seele spricht zu ihm aus Proben von jüdischer Dichtung und Folklore. Auch der Geschichte und der wirtschaftlichen Lage der Ostjuden ist gedacht und der hauptsächlichsten geistigen Strömungen, die ihr Leben beherrschen: dem Chassidismus und dem Zionismus als den lebendigsten Kräften im jüdischen Volksleben auf religiösem und auf nationalem Gebiet sind einige Aufsätze gewidmet.

Der Zweck dieses „Ostjuden-Heftes" ist, den deutschen Leser darüber aufzuklären, was Deutschland von den Juden des Ostens zu erwarten, welche Wege es zu gehen hat, um einerseits ihrer Eigenart gerecht zu werden, andrerseits diese Eigenart im Interesse des deutschen Reiches auszunutzen. Über einige Punkte wird es dem Leser, der das Heft aufmerksam prüft, sicherlich Klarheit geben: erstens darüber, daß es sich hier (trotz gegenteiliger Ansichten in einigen Aufsätzen des Heftes) um eine nicht nur durch religiöse, sondern auch durch nationale Eigenheiten verbundene Menschengruppe handelt; ferner daß diese nationale Gruppe, dieses Volk eine hochentwickelte, sowohl von der deutschen wie von der polnischen streng unterschiedene Kultur besitzt; und endlich, daß es unmöglich sein wird, bei der politischen Neugestaltung des Landes die nationalen Bedürfnisse dieses Volkes unberücksichtigt zu lassen. Der Leser wird freilich auch, wenn er das Heft aus der Hand legt, von dem Gefühl durchdrungen sein, daß der deutschen Regierung in der Lösung der nationalen, wirtschaftlichen und geistigen Probleme in Polen eine unendlich schwierige Aufgabe erwächst, und mancher wird erwägen, ob die an mehreren Stellen angedeutete Lösung des Problems, nämlich durch eine jüdische Massenauswanderung im zionistischen Sinne, nicht die einzig mögliche ist. —

Welt-Echo

Bayerische Juden und Bauern. Bei der Generalversammlung des Christlichen Bauernvereins der Oberpfalz, die neulich in Regensburg stattfand, erklärte der Zentrumsabgeordnete Dr. Schlittenbauer, die Juden liefen seit Monaten in Bayern umher und umgingen im Einverständnis mit den Landwirten die Höchstpreise. Dr. Schlittenbauer scheint also von den bayerischen Juden eine ebenso schlechte Meinung zu haben wie von den Mitgliedern des Christlichen Bauernvereins.

Polnisch-jüdische Handwerker in Deutschland. Wie das Hamburger Israelitische Familienblatt berichtet, haben einige Handwerkskammern dagegen Einspruch erhoben, daß die deutschen Behörden jüdische Handwerker aus den besetzten Gebieten zur Arbeit in deutschen Berieben heranziehen. Sie bezeichnen die jüdischen Handwerker als minderwertige Kräfte — eine Auffassung, die offenbar von den deutschen Behörden nicht geteilt wird, indem sie der Agudas Jisroel und dem Hilfsverein der deutschen Juden die Anwerbung polnisch-jüdischer Arbeiter übertrugen. Es gehen täglich Massen jüdischer Arbeiter und Handwerker in deutsche Werften und andere Betriebe.

Die „Alliance Israélite". Der Zweigverein Worms der „Alliancé Israélite Universelle", der etwa 100 Mitglieder zählt, beschloß dem „Tag" zufolge einstimmig seine Auflösung, weil er ein weiteres Zusammenarbeiten mit der Zentrale in Paris, die vor einiger Zeit eine deutschfeindliche Gesinnung kundgegeben hat, auch nach dem Kriege für unmöglich hält. Gleichzeitig wurde ein Zweigverein der neugegründeten „Deutsch-israelitisch-osmanischen Union" ins Leben gerufen und den bisherigen Mitgliedern der „Alliance" der gemeinschaftliche Beitritt empfohlen.

Botschafter Morgenthau in Kopenhagen. Auf seiner Reise nach Amerika weilte Botschafter Morgenthau kurze Zeit in Kopenhagen, wo er dem Zionistischen Bureau einen Besuch abstattete. Er versicherte dort, er würde in zwei Monaten wieder in Konstantinopel sein.

Eröffnung der Jeschibah in Slobotka. Am 31. Januar fand die feierliche Wiedereröffnung der berühmten Talmudschule in Slobotka, die bekanntlich von der russischen Regierung geschlossen worden war, statt. Der Feier wohnte der Ortskommandant Major von Struensee mit einem Gefolge von Militärs und hohen Beamten bei und hielt bei dieser Gelegenheit eine eindrucksvolle Ansprache an die Versammelten. „Es muß", sagte er, „als eine Schicksalstücke angesehen werden, daß der Zar dieses Landes der Bevölkerung die notwendige Bildung versagte, und daß der

Eroberer dieser die notwendige Bildung zukommen läßt. So war es in Warschau bei der polnischen Universität, so ist es auch hier bei dieser Schule. Sehen Sie ein besonderes Vertrauen darin, daß Ihnen die deutsche Regierung erlaubt, ungehindert die berühmte und jahrelang benutzte Schule wieder in Gang zu bringen .... Ich übergebe Ihnen, verehrter Herr Rabbiner, hiemit das Gebäude, damit Sie es der alten Bestimmung wieder zuführen."

Zerstörung der Brest-Litowsker Gemeinde. Auf die altberühmte jüdische Gemeinde von Brest-Litowsk, die etwa 60.000 Mitglieder zählte, hat der Krieg verheerend gewirkt. Die Juden der Stadt sind in alle Windrichtungen verstreut, und ein besondres Komitee bemüht sich, ihnen, unter denen sich auch verdienstvolle Gelehrte befinden, in ihrer Notlage beizustehen.

Mendele Mocher Sforim (S. J. Abramowitsch), der verdienstvolle jüdische Schriftsteller, feierte kürzlich seinen achtzigsten Geburtstag. Auf seinen Wunsch wurde in Anbetracht der traurigen Zeit von einer Feier abgesehen, doch wurden in Moskau, Odessa, Petersburg usw. von literarischen Vereinen Sonderfeiern veranstaltet.

Ein Werk von Nahum Sokolow. Der Schriftsteller und Zionist Sokolow wird demnächst in englischer und russischer Sprache ein Werk erscheinen lassen, das sich „Geschichte des zionistischen Gedankens in England" betitelt und die Beziehungen zwischen England und der jüdischen Ansiedelung im Orient und Palästina während des letzten Jahrhunderts behandelt.

Humanité über eine Judenhetze. Die Pariser „Humanité" hat den Mut, in ihrer Ausgabe vom 10. ds. Mts. eine Denkschrift zu veröffentlichen, die der Hilfsausschuß der Petersburger Juden dem Gouverneur von Minsk überreicht hat. Es heißt darin: „Am letzten 4. September, am Vorabend des Versöhnungsfestes, brach in der Stadt Luminetz (an der Pripjet-Bahn, 50 km östlich von Pinsk) ein Progrom aus, der vier Tage dauerte. Alle jüdischen Läden, mit Ausnahme eines einzigen, der im Postgebäude liegt, wurden zerstört. Die Polizei tat nichts, um der Plünderung zuvorzukommen, und später ebensowenig, um den Pogrom einzuschränken. Obendrein antwortete der Polizeiminister einer jüdischen Abordnung, die bei ihm vorsprach und ihn um Hilfe und Schutz anging: „Ist es euch denn nicht gleich, ob eure Habe von unsern Soldaten oder von den Deutschen geplündert wird?" (Der Satz ist in der Humanité gesperrt.) Die örtlichen Behörden verweigerten den Juden die notwendige obrigkeitliche Bescheinigung, um Lebensmittel in die Stadt einzuführen. Da die Zufuhr auf der Eisenbahn für den Bedarf der Zivilbevölkerung gesperrt war, wurde eine Sonderbescheinigung unerläßlich, um irgend etwas nach Luminetz einzuführen. Die Militärbehörden hatten die Vertreibung der Juden befohlen, ohne übrigens eine bestimmte Frist festzusetzen. Aber der Polizeiminister schrieb aus reiner Willkür Fristen für die Vertreibung der Juden für alle Städte vor, wie sie hier folgen: Chmelnik 2 Stunden, Dubnowitschi 3 Stunden, Porschonskoje 2 Stunden, Vilaz 2 Stunden, Wulk 12 Stunden, Luminetz 12 Stunden, Bogdanowsk 2 Stunden, Wetschik 24 Stunden. Auf diese Weise wurde es den Juden unmöglich gemacht, ihre Geschäfte abzuwickeln und ihr Hab und Gut mitzunehmen. Obendrein tat die Verwaltung nicht das Geringste, um das in Stich gelassene Eigentum zu schützen. Kaum hatten also die Juden die genannten Städte verlassen, als alle ihre Häuser und Läden geplündert und in einen Trümmerhaufen verwandelt wurden." In ihrer Nummer vom 16. Februar fordert die „Humanité", daß Frankreich und England ihrem Verbündeten das Bedenkliche seines Vorgehens gegen die Juden klarmache. Bedenklich ist es nämlich deshalb, weil Rußland gerade jetzt eine neue Anleihe in Amerika unterbringen möchte!

Ein neuer Pogrom. Das Judenunterstützungskomitee zu Petersburg erhob beim Gouvernement von Minsk Beschwerde wegen eines Pogroms, der vier Tage gedauert hat. Die Juden wurden innerhalb zwei bis drei Stunden aus ihren Wohnungen gewiesen, ohne daß für ihre Habe irgendwelche Vorsorge getroffen wurde. Die verlassenen Stätten wurden von den Soldaten in kurzer Zeit in Trümmerhaufen verwandelt.

Hetzartikel der russischen Regierung. Der „Birschewyja Wjedomosti" zufolge verbreitet die Regierungspresse wieder aufreizende Pogromartikel. So schließt das „Russkoja Znamie" wörtlich einen Hetzartikel mit den Worten: „Vereinigt euch, o Russenvolk, vertreibt die Juden und schlagt sie tot."

Treibjagd auf Juden. Wichtige und unaufschiebbare Gründe haben die Regierungsorgane veranlaßt, so schreibt die „Birshewyja Wiedomosti" vom 23. Januar, am hellen Tage in der zweitgrößten Stadt Rußlands in deren Mittelpunkt eine Treibjagd auf Juden zu veranstalten, welche keine Wohnungsberechtigung in Moskau besitzen. Wessen Züge semitische Spuren zeigten, der wurde „sicherheitshalber" verhaftet. Am Abend stellte sich dann heraus, daß von den etwa 800 Verhafteten nur etwa 150 wirklich keine ordnungsmäßigen Papiere hatten.

Neue Beschränkungen. Der russische Minister des Innern, Chwostow, erließ eine Verfügung, wonach die aus den besetzten Gebieten vertriebenen Juden nur dann die Erlaubnis zum Verbleiben in Petersburg erhalten, wenn sie bei in Petersburg ansässigen Verwandten Unterkunft finden. Die Polizeiorgane legen diese Verfügung in dem Sinne aus, daß die vertriebenen Juden bei Verwandten wohnen müssen, um in Petersburg verbleiben zu können, und dehnen die Verfügung auch auf solche Vertriebenen aus, die schon früher vom Ministerium des Innern die Erlaubnis zum Wohnen in der Hauptstadt erhalten haben.

Die Sprachenfrage in Warschauer jüdischen Schulen. In unserer vorigen Nummer berichteten wir, daß der deutschen Regierung zwei Petitionen über die Frage der Unterrichtssprache an den jüdischen Schulen Polens zugegangen seien, die eine Petition, aus den Kreisen jüdischer Vertreter einer Assimilation an die Polen forderte die polnische Unterrichtssprache, während die andre, von Tausenden jüdischer Bürger unterzeichnete, Jidisch als Lehrsprache verlangte. Nach eingehender Prüfung der beiden Petitionen hat das W a r s c h a u e r P o l i z e i p r ä s i d i u m dem Vorstand der jüdischen Gemeinde mitgeteilt, daß: „eine gewisse Schicht unter der hiesigen jüdischen Bevölkerung sich sprachlich und kulturell in bedeutendem Maße den Polen assimilierte; um den Kindern derjenigen jüdischen Familien, bei denen zu Hause nicht Jargon, sondern polnisch

gesprochen wird, den Unterricht in ihrer Muttersprache zu ermöglichen, wird weiterhin der Gebrauch der polnischen Unterrichtssprache in denjenigen jüdischen Schulen Warschaus gestattet, in denen diese noch vor der Verlautbarung der erwähnten (Schul-) Verordnung eingeführt war. Diese Schulen werden im Sinne der Verordnung als polnische Schulen betrachtet werden." Die Erklärung des Polizeipräsidiums fährt dann fort: „Das Verlangen nach Volksschulen für die polnischsprechenden jüdischen Kinder ist jedoch durch die schon bestehenden jüdischen Schulen mit polnischer Unterrichtssprache in hohem Maße befriedigt, zumal die höhere jüdische Schicht die Kinder nicht in die Volksschule schickt. Andererseits mangelt es stark an jüdischen Schulen überhaupt. Die Schulverwaltung wird dafür sorgen, daß die städtische Verwaltung eine größere Anzahl jüdischer Schulen mit der Unterrichtssprache im Jargon, folglich im deutschen Dialekte, eröffne. Dies ist unumgänglich nötig, da die Muttersprache der Mehrheit der jüdischen Kinder der Jargon ist. Dadurch wird die Verwaltung die Bevölkerung berücksichtigt haben . . . Auch muß während der Okkupation dem entgegengewirkt werden, daß in nationaler Hinsicht irgend eine Beeinflussung der jüdischen Bevölkerung, die zum größeren Teile sprachlich und kulturell nicht polnisch ist, ausgeübt werde."

Durch diese Erklärung hat die deutsche Regierung den Anspruch der jüdischen Bevölkerung auf nationalem und kulturellem Gebiet als Sondergruppe behandelt zu werden, anerkannt.

Die letzten Tage in Antwerpen.

Von Salomon Dembitzer.

In seinem feinen Büchlein „Aus engen Gassen" schildert der galizische Schriftsteller die erschütternden Wirkungen des Kriegsausbruches auf die Juden Antwerpens:

. . . . Am Mittwoch Vormittag ging es im jüdisch-galizischen Viertel lebhaft zu. Vor dem Klub und der Börse in der Pelikanstraat hatten sich Hunderte von Diamantenhändlern versammelt und schrien und redeten alle durcheinander. Ich ging auf sie zu und hörte, daß alle Österreicher noch heute Antwerpen verlassen müssen.

„Wohin werden Sie fahren?" fragte einer den anderen.

Abseits führten zwei Juden einen lebhaften Streit. Der eine meinte, es sei alles nur Verstellung und Komödie, die Flämen seien übergeschnappt. — Was heißt denn: Es wird Krieg sein? Menschen sollten einander töten? Wofür? Weswegen? Wird die Welt das zulassen? Aber der andere, ein rothaariger, junger Mann, ein „Gebildeter", der sogar französische Blätter lesen konnte und vor dem die Juden einen großen Respekt hatten, — der Rotkopf behauptete mit Bestimmtheit, daß Deutschland, vereint mit England, sich mit Rußland schlagen würde.

„Nun, und was will man von uns haben?" fragte der erstere noch aufgeregter.

„Von uns? . . . Ja, richtig!" erwiderte der Rote, „aber Belgien hält doch zu Rußland."

Inzwischen bildete sich um die beiden ein größerer Kreis, man schaute einander ins Gesicht. „Bruder, was tun? Wohin soll man gehen? Wohin soll man fahren?"

Plötzlich sagte einer:

„Möchten wir nicht vielleicht zum Advokaten gehen?"

Der Kreis wurde immer größer, der Rothaarige führte die Schar in das „Diamantenschenkel". Erstens sollte man nicht in den Straßen herumstehen, um den Flämen kein Ärgernis zu bereiten, zweitens mußte beraten werden, was geschehen sollte.

Der Rothaarige faßte mit Einverständnis der Versammelten folgenden Beschluß:

Da er als gebildeter Mensch, der mit „jedem Doktor", mit jedem großen Mann reden konnte, in Antwerpen eine Menge Bekannte hatte, und da seine Bekannten wieder Bekannte hatten, die Abgeordnete im Reichstag waren, und die wiederum mit hohen Regierungsmännern bekannt waren, so wollte er sofort seine Bekannten aufsuchen, damit diese mit ihren Bekannten redeten und so weiter — und bewirkten, daß der Beschluß zurückgezogen werde. Mittags um 2 Uhr sollten sich die Leute in der Stomstraat Nummer 7 versammeln, dorthin würde er die Antwort überbringen.

Aber die Menge konnte sich nicht so leicht beruhigen, denn ihr ganzes Arbeitswerk stand auf dem Spiel.

„Und falls die Regierung doch darauf besteht, daß wir abreisen?"

Die Leute schauten dem rothaarigen jungen Mann nach, der mit schnellen Schritten zu seinen einflußreichen Bekannten davonrannte. Sie waren ratlos, und die Zeit war so knapp.

Automobile und Fahrräder und Droschken mit Soldaten jagten mit Pfeilesschnelle durch die Pelikanstraat, gefolgt von den traurigen Blicken der erstarrten Menge. Vor den beiden ärmlichen Diamantenschenkeln „Weidengarten" und „Mandel" standen sie seufzend umher und murmelten:

„Warum soll Krieg sein? Weswegen? Wofür?"

* * *

Ich ging in die Kiwit- und Lewrigstraat, die beiden schmutzigsten Gassen im Ghetto, und sah die Leute bereits ihre Päckchen zusammenpacken; Mädchen und Frauen rannten und schrien, seufzten und weinten . . .

„Wohin sollen wir, Herr der Welten? Wem lassen wir unser Hab und Gut zurück?"

„Wir leben hier schon dreißig Jahre," sagte eine alte Frau, „wir haben nirgendwo hinzufahren, wir haben kein Heim."

Eine andere Frau erhob ein Klagegeschrei:

„Einen Krieg haben sie sich ausgedacht. Sie haben nichts Besseres zu tun. Das kommt, weil sie keine Nahrungssorgen haben! Aber wenn sie sich herumschlagen wollen, warum sollen wir unser Fell hergeben?"

Händeringend eilten die Leute hin und her und kauften unterwegs Eßwaren ein. Die wenigen jüdischen Geschäfte waren geschlossen. Alles klagte und weinte. Aus vielen Toren schleppten sich bereits Väter und Mütter heraus, mit geschwollenen, roten Augen, die Kinder mit Päckchen beladen. So zogen sie zum Hauptbahnhof.

Viele Flämen standen vor ihren Geschäften und sahen schweigend, nur mitleidsvolle Blicke miteinander tauschend, zu, wie die Menschen weinend und klagend ihre Stadt verließen. Nur ein alter Fläme schüttelte den Kopf und murmelte vor sich hin: „Orlog, Orlog." (Krieg, Krieg.)

* * *

Am Bahnhof herrschte ein solches Drängen und Hasten, daß man sich kaum rühren konnte. Tausende von Menschen stürmten aufgeregt zum Schalter, Kinder weinten, Mütter saßen mit herab-

gelassenen Köpfen auf ihren Bündeln und starrten traurig auf die Erde. Eine junge deutsche Dame, ein Hündchen auf dem Arm, drängte sich an mich heran und fragte mich:

„Darf ich mich Ihnen anschließen? Ich habe solche furchtbare Angst."

Ein junges Weib mit einem Kind an der Hand seufzte und weinte. Sie mußte aus ihrem Krankenbett heraussteigen und sollte hinausfahren, sich eine neue Heimat zu suchen. Neben mir stand ein anderes junges, blasses Weib und erzählte, das Gesicht mir zugewendet:

„Hier in Belgien bin ich geboren, habe nicht Vater, nicht Mutter, keine Verwandten und weiß nicht, wohin ich fahren soll."

Ein großer, hagerer, zerlumpter Mann stand zitternd da, er hatte keine Fahrkarte und wußte nicht, was er anfangen sollte.

„Wir haben vergessen, für das Kind eine Flasche Milch mitzunehmen. O, weh mir! Und das Jäckchen habe ich zu Hause auf dem Tisch liegen lassen."

„Wohin geht's? Wohin geht's?"

So tönten die Fragen durcheinander.

Doch keiner antwortete, jeder war mit sich selbst beschäftigt. Das Hasten und Drängen wurde immer größer. Die Beamten am Schalter waren grob . . . Die Menschen hatten Angst, an sie Fragen zu richten, sie hatten Angst vor jedem Belgier, Angst vor sich selbst . . . Die Kehle war trocken, das Herz war so schwer, und die Seele verging vor Angst.

„Wohin geht's? Wohin geht's?"

Man wartete in diesem schrecklichen Gedränge. Dann zog die Menge zum Zug auf den Bahnsteig. In die Kupees, in denen kaum zehn Personen Platz hatten, stiegen dreißig und vierzig stürmend auf sie ein und drängten sich alle auf einmal hinein. Einer stand oder lag auf dem anderen, zwanzig Stimmen schrien durcheinander.

Eine Mutter hatte ihr Kind verloren, sie rannte aus dem Kupee heraus und schrie: „Mein Kind, mein Kind!"

Der Zug setzte sich in Bewegung.

Ich stand am Kupeefenster und sah, wie belgische Frauen und Mädchen uns mit Fäusten drohten, Schimpfworte ausstießen und darüber lachten, daß wir, gehetzte Menschen, wie ein Knäuel im Kupee zusammengeballt lagen, weder sitzen noch stehen konnten, und daß unsere Gesichter rot und blaß waren und unsere Reden vor Erregung zitterten.

O, Töchter Flanderns, was haben wir euch denn getan? . . . .

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

München. In der vergangenen Woche betrugen die Einnahmen des Jüdischen Nationalfonds München. Spendenbuch: Frau Dr. Franz Stadler, anläßlich des Todes ihres Vaters, im Februar Mk. 10.—; Dr. Ludwig Wassermann, anläßlich seiner Verlobung, 17. II. 16. Mk. 10.—; Frl. Johanna Kaufmann spendet dem J. N.-F. Mk. 4.—. Summa Mk. 24.—.

München. Wie alljährlich um diese Zeit, so hat auch jetzt wieder die Verwaltung der Israelitischen Kultusgemeinde ihren Verwaltungsbericht für das Jahr 1915 an die Gemeindemitglieder versandt. Die Kriegshilfskasse des Vereins wurde zu Beginn des Krieges geschaffen, um Gemeindeangehörigen, welche infolge des Krieges in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, beizustehen. Bis Ende 1914 wurden 26 160 Mark verausgabt; im Jahre 1915 die stattliche Summe von 61 098 Mark. Dieser große Betrag konnte nur dadurch aufgebracht werden, daß die Wohltätigkeits- und Wohlfahrtsvereine der Gemeinde und private Spender beisteuerten.

Die Verwaltung hat auf dem nördlichen Friedhof eine Gräberreihe für jüdische Soldaten bereitgestellt; bis Jahresschluß war solche noch nicht in Benützung genommen worden. Den Gemeindemitgliedern, die den Heldentod fürs Vaterland erlitten haben, soll später von der Gemeinde eine Gedenktafel gewidmet werden. Die geplante Jubiläumsdenkschrift aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Gemeinde soll in Bälde erscheinen.

Innerhalb der Gemeindeverwaltung sind im Jahre 1915 Änderungen nicht eingetreten. Das Verwaltungsmitglied, Herr Rechtsanwalt Dr. Oestreich, befindet sich noch immer in französischer Gefangenschaft.

Die Gemeinde beschäftigt 15 Beamte, davon 4 im Sekretariat. Rabbinatssubstitut Dr. Bärwald amtiert als Feldrabbiner bei der Armee im Westen. Ehrende Erwähnung findet der Kultusbeamte Herr Heinr. Rosenberger, der im abgelaufenen Jahre seinen 70. Geburtstag und das Jubiläum seiner 40jährig. Tätigkeit im Gemeindedienste begehen konnte. Die Zahl der Kultusbeiträge zahlenden Gemeindemitglieder betrug bei

(Fortsetzung auf der 3. Umschlagseite)

Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstr. 4.
Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, München, Giselastraße 16; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.